



Freitag, 09. Juni 2023

Kreistag will weniger Wölfe

Landkreis tritt „Auricher Erklärung“ bei - Regulierung des Wolfsbestands gefordert

Von INGa Hansen

Kreis Cuxhaven. Der Kreis Cuxhaven rückt dem Wolf zu Leibe. Der Kreistag hat sich mit großer Mehrheit hinter die „Auricher Erklärung“ gestellt, in der die Regulierung des Wolfsbestands gefordert wird. Der CDU will, dass der Kreis noch mehr gegen den Wolf unternimmt.

Susanne Berghoff stand allein auf weiter Flur. Die Vertreterin der Tierschutzpartei hielt im Kreistag ein Plädoyer für ein Miteinander mit dem Wolf. Wölfe dürften weder erschossen werden noch habe es wirklich Attacken auf Weidetiere direkt am Deich gegeben, behauptete sie, das sei alles populistische und perfide Angstmacherei. Das sahen allerdings nahezu alle Kreispolitiker anders. Mit großer Mehrheit stellte sich der Kreistag hinter die „Auricher Erklärung“, mit der Anfang April zwölf Jägerschaften aus den Küstenregionen in Niedersachsen und Bremen ihrem Unmut über die Wolfs-Politik Luft gemacht.

Der Wolf, der sich vor etwa 15 Jahren wieder in Deutschland angesiedelt hat, ist EU-weit streng geschützt. Seit 1979. Inzwischen aber gebe es deutschlandweit wieder 1800 Wölfe, der strenge Schutz sei schon nicht mehr nötig, um die Art zu schützen, argumentieren die Jäger. Das Raubtier, das in der Natur keine Feinde habe, vermehre sich rasant, es habe zahllose Schafe und Rinder gerissen, die friedlich draußen auf der Weide grasten, es verliere zunehmend seine Scheu vor den Menschen. Ihr Fazit: Der Wolfsbestand in Deutschland muss endlich reguliert werden.

„Wolfsfreie Zonen“ an der Küste?

In der „Auricher Erklärung“, die zehn Jägerschaften entlang der Nordseeküste sowie die beiden Landesjägerschaften Niedersachsen und Bremen formuliert haben, fordern sie ein Management des Wolfsbestands. Das müsse einerseits auf regionale Besonderheiten Rücksicht nehmen und andererseits mit dem Europarecht konform gehen.

An beiden Fronten wollen die Jäger kämpfen. Zu den regionalen Besonderheiten an der Küste zählen sie den Deich. Und Deichsicherheit und Deichschutz seien an der Küste zunehmend bedroht, weil immer weniger Schäfer bereit seien, ihre Tiere der Gefahr einer Wolfsattacke auszusetzen. Deshalb fordern die Jäger wolfsfreie Zonen an den Deichen und in küstennahen Landkreisen. Und sie wollen, dass Deichsicherheit und Deichschutz Vorrang vor dem Schutzstatus des Wolfes bekommt.

Überhaupt wollen sie den strengen Schutz, unter dem das Raubtier steht, aufweichen. Deshalb fordern sie Niedersachsen auf, sich der Initiative von sechs Bundesländern anzuschließen, die eine EU-weite Überprüfung des Schutzstatus des Wolfes starten wollen.

„Wolfschutz am Deich kaum praktikabel“

Alles Dinge, die aus Sicht der CDU-FDP-Gruppe im Kreistag dringend notwendig sind. Die Wiederansiedlung des Wolfes in Deutschland sei keine Erfolgsgeschichte, sagte der CDU-Politiker Dr. Denis Ugurcu, „sie ist für die Bevölkerung wie für den Küstenschutz unzumutbar“. Gerade an den Deichen könne man den Wolf nur schlecht von den Weidetieren weghalten, „das ist alles nicht praktikabel“. Lauritz Grote (Bürgerliche Alternative) unterstrich das. Es sei die Pflicht des Staates, das Eigentum und das Leben der Tiere zu schützen, argumentierte der frühere AfD-Mann.

Auch die SPD sprach sich für die „Auricher Erklärung“ aus. „Es geht darum, ein Zeichen zu setzen, dass wir an der Seite der betroffenen Tierhalter stehen“, machte Gunnar Böltes deutlich. Der SPD-Politiker unterstrich aber auch, dass es im Kreis Cuxhaven bislang keine Sicherheitsprobleme mit Wölfen gab. Ein weitergehender Antrag der CDU, die kreisweit ein Monitoring mit Kameras einführen wollte, um die Verbreitung der Wölfe zu dokumentieren, ging der SPD offenbar zu weit. Der Antrag wurde erst mal in die Ausschüsse verwiesen.